

## **Pauenschlag am Donnerstag No. 38/2009 vom 24. September 2009**

### **Reichtum bleibt tabu**

Glauben Sie mir, ich kenne hinreichend viele Schimpfwörter und Kraftausdrücke und könnte meinen hochkochenden Emotionen damit jederzeit treffend Ausdruck verleihen. Dass ich mir derartige Ausbrüche immer wieder verkneife, kostet einen hohen Energieaufwand, aber wer sich gehen lässt, wird nur zu leicht als unseriös gebrandmarkt und in die Schmutzlecke gesteckt.

Es ist ja so, in dieser Republik, dass Zinskritiker - und sei ihre Kritik noch so fundiert und sachlich vorgetragen - stets Gefahr laufen, in den rechtsextremen Topf geworfen zu werden, weil schließlich jeder weiß - so argumentieren jedenfalls die böartigen Hüter der Pfründen des Kapitalismus - dass Zinskritik nur getarnter Rassismus ist, und gegen wen sich Zinskritik in Wahrheit wendet.

Es ist ja auch so, in dieser Republik, dass die Kapitalismus-Kritiker - und sei ihre Kritik noch so fundiert und sachlich vorgetragen - stets Gefahr laufen, in den linksextremen Topf geworfen zu werden, weil - so die böartigen Hüter der Pfründen des Kapitalismus - schließlich jeder weiß, dass mit der Kapitalismuskritik nur dem Stalinismus der Weg bereitet werden soll. Da dreht sich einem schnell einmal der Magen um.

Zwei - im sachlichen Zusammenhang stehende - geschickt als Erkenntnis sogenannter Experten verschleierte Propagandamärchen, haben mich in diesen Tagen besonders hoch auf die Palme getrieben. Die Propagandisten der dreisten Meinungsmache sind der

- sogenannte Finanzexperte **Professor Wolfram F. Richter** und
- die ebenfalls als Expertin auftretende Finanzwissenschaftlerin **Beate Jochimsen**.

**Beide erklären - unabhängig voneinander - dass die Belastungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise tiefe Spuren in den Staatshaushalt reißen und sorgen sich um die Finanzierung.**

Während **Beate Jochimsen** im Interview mit dem Deutschlandfunk zu den Möglichkeiten für Ausgabenkürzungen erklärt:

"Für mich als Wissenschaftlerin ist überhaupt kein Haushaltsteil Tabu, **außer der Teil des Haushalts, der jetzt schon für den Zinsen- und Tilgungsdienst aufgewendet werden muss**. Wenn wir den nämlich nicht mehr bedienen, dann leidet die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Der Teil wäre für mich Tabu, alle anderen Teile wären nicht Tabu",

hat **Wolfram F. Richter** schon die Lösung parat: Schluss mit der Frühverrentung!

Wer vorzeitig aus dem Beruf ausscheiden wollte, **"würde genauso behandelt wie jeder andere, der nicht arbeitet"**,

muss also erst sein Vermögen aufbrauchen und dann den Hartz-IV-Antrag stellen, statt wie bisher - mit sowieso schon hinreichend kräftigen Abschlügen, nach der

Kündigung durch den Arbeitgeber lieber in Rente zu gehen, als sich den Demütigungen der Bittstellerei in der als "Arge" oder "JobCenter" bezeichneten repressiven Armutsverwaltung aussetzen zu müssen.

Die Quellen:

*Richter:* <http://www.welt.de/wirtschaft/article4588604/Professor-will-Fruherehtner-auf-Hartz-IV-setzen.html>

*Jochimsen:* [http://www.dradio.de/df/sendungen/interview\\_dlf/1038136/](http://www.dradio.de/df/sendungen/interview_dlf/1038136/)

### **Es kann kein Zweifel daran bestehen,**

- die beiden sogenannten Experten können nicht ernsthaft behaupten, sie hätten keine Ahnung, wie es zu der problematischen Situation in den öffentlichen Kassen gekommen ist und wer die vielen Milliarden kassiert hat, die der Staat in den nächsten Jahren der Bevölkerung über Steuererhöhungen und Leistungskürzungen der Gesamtbevölkerung abpressen soll,
- ihre Vorschläge sind an Infamie nicht zu überbieten, und wenn es einen Straftatbestand der Volksverdummung gäbe, ihre Argumentation fiel ganz gewiss darunter.

Die Löcher in den Haushalten wurden nicht von den Rentnern gerissen - und sie werden auch in Zukunft nicht von den Rentner gerissen werden.

Wer die Generationen gegeneinander aufhetzt und dabei verschweigt,

- dass die jeweilige Generation der Berufstätigen von den Arbeitgebern (auch wenn man die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung hinzurechnet), nur etwa die Hälfte des von ihnen geschaffenen Bruttosozialprodukts als Lohn für sich erhält,
- dass genau diese Generation der Berufstätigen davon aber per Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Ökosteuer, Stromsteuer und was der Konsumsteuern mehr sind, den Löwenanteil der Steuereinnahmen aufbringt und zudem über die Beiträge zur Sozialversicherung das komplette Gesundheitswesen und die Pflegeindustrie finanziert, sowie alle Kranken, Arbeitslosen und Rentner alimentiert,
- während die andere Hälfte des Bruttosozialprodukts einigen wenigen reichen Familien weitgehend steuerfrei und selbstverständlich nicht sozialversicherungspflichtig als Einkommen aus Kapitalvermögen und Grundbesitz zufließt,

der ist mit der Bezeichnung "*sogeannter* Experte" weißgott noch gut bedient.

Diese Einseitigkeit der Betrachtung mit vollkommenem Realitätsverlust entschuldigen zu wollen, wäre zu milde. **Diese Einseitigkeit der Betrachtung ist Infamie.**

Alleine das Geldvermögen der Deutschen soll bei rund 4,5 Billionen Euro liegen. Aber Vermögenssteuer wird nicht erhoben. Weil das Bundesverfassungsgericht Ungleichheiten in der Besteuerung gesehen hat, verzichtet man lieber ganz darauf, statt die Ungleichheiten auszubügeln.

Wem nutzt das? Hier Namen zu nennen, ist schwer, aber im Prinzip ist es vollkommen klar: Der Verzicht auf die Vermögenssteuer nutzt den Reichsten am meisten - und den meisten gar nicht.

(Es schadet den meisten sogar, weil sie ja für das aufkommen müssen, was den anderen erspart wird)

Wir dürfen getrost davon ausgehen, dass 80 % des Geldvermögens auf weniger als 10 Prozent der Haushalte entfallen. In absoluten Zahlen heißt das: Etwa 3,6 Billionen Euro Geldvermögen verteilen sich auf weniger als 4 Millionen Haushalte.

Durchschnittlich finden wir also rund 1 Million Geldvermögen im reichsten Zehntel der Bevölkerung. Da ist von Häusern und Grundstücken und Betriebsvermögen noch gar nicht die Rede.

Eine Vermögenssteuer von 3 % auf Vermögen ab 1 Million aufwärts würde ausreichen, um jährlich ein Haushaltsloch in der Größenordnung von 100 Milliarden Euro zu stopfen.

Bei der von Ackermann angestrebten Eigenkapitalrendite von 25%, dabei sogar unterstellt, die Kapitaleinkünfte würden ordnungsgemäß mit dem ermäßigten Steuersatz von 25% versteuert, bringt ein um 3 % Vermögenssteuer reduziertes Geldvermögen immer noch einen Netto-Gewinn von 180.000 Euro - pro Million und Jahr!

Im nächsten Jahr stünden dem Vermögenden also nicht, wie andere kluge Vorrechner suggerieren, nur noch 970.000 Euro zur Verfügung, sondern 1.150.000. Und selbst, wenn die Rendite des Geldvermögens nicht bei 25% sondern nur bei 10% liegt, wird das Vermögen noch um 43.000 Euro höher sein, als im Jahr zuvor. Nach Steuern.

Glatte Lüge also, wenn von weiteren sogenannten Experten kühn behauptet wird, eine Vermögensteuer von 5 Prozente würde das Vermögen in 20 Jahren aufzehren.

In diesem angehäuften und ständig weiterwachsenden Geldvermögen sind übrigens auch jene Gewinne enthalten, die von den Banken und Finanzdienstleistern ausgewiesen und ausgeschüttet wurden, bevor sich herausstellte, dass die gewinnträchtigen "Wertpapiere" von Anfang an vollkommen wertlos waren.

Da sitzen heute auch in Deutschland etliche Leute, die wie Dagobert in den Dividenden ihrer Bankaktien aus den Jahren vor 2007 schwimmen können, aber die tragen daran, dass der Staat jetzt bei den Banken die Löcher stopfen muss, die durch ihre Gier gerissen wurden, natürlich keine Mitschuld.

**Man muss sich doch klar machen:** Hätten die Banken nicht echtes Geld hergenommen, um die aus Überbewertungen entstandenen Luft-Gewinne an ihre Aktionäre auszuschütten, es gäbe keine Bankenkrise, nur die Rückkehr zu normalen, kleineren Bilanzsummen.

Aber die Dagoberts, in deren Geldspeichern die Beute zum Bade lädt, werden in keiner demografischen Betrachtung, in keiner Prognose über die Finanzierung der Renten berücksichtigt.

Die sind, bis ein Siegfried oder St. Georg sich fragt, ob das wirklich sein muss, einfach da, wie der Drache in der Sage. Denen werden jährlich freiwillig 12 Jungfrauen zum Fraß vorgeworfen - und was sie sich sonst noch nehmen, wagt keiner ihnen vorzuhalten.

Denen kann man doch nicht im Ernst zumuten wollen, sich an den gesellschaftlichen Aufgaben im Verhältnis ihres Vermögens zu beteiligen. Im Gegenteil. Ihr Eigentum genießt grundgesetzlichen Schutz.

Dieses auf sonderbare Weise gewonnene Eigentum zu schützen, verschuldet sich der Staat in den nächsten Jahren jährlich um 100 Milliarden Euro neu und zusätzlich - aber an die soziale Verpflichtung des Eigentums, die ebenfalls im Grundgesetz verankert ist, mag diese gigantischen Eigentümer mit ihren gigantsichen Vermögen - alleine über 200 Milliardäre gibt es in Deutschland, die meisten davon Multimilliardäre - niemand erinnern. Man fürchtet, sie könnten flüchten. Als ob es das größte Unglück für ein Land wäre, wenn sich sein menschenfressender Drache ins Ausland verzieht

Aber das Eigentum derjenigen, die reale Werte geschaffen haben, statt Spekulationsblasen aufzublasen, wird bis auf ein lächerliches Schonvermögen für schutzlos und vogelfrei erklärt.

Es ist eine Schande, dass sich eine Finanzwissenschaftlerin hinstellt und behauptet, die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland (und was das ist wird noch zu beleuchten sein) sei ein höheres und schützenswerteres Gut als die Errungenschaften des Sozialstaats. Es geht doch nicht um die Glaubwürdigkeit der Republik.

Die Finanzlage des Staates ist einigermaßen bekannt. Und wenn dieser Staat den Krisengewinnlern erklären würde, dass es Zeit sei, für ein Moratorium, dass Tilgung und Zinszahlung der Staatschuld für eine Weile ausgesetzt werden müssten, damit das Land sich erholen kann, dann wäre das doch keine Frage der Glaubwürdigkeit. Es wäre eine Frage von Vernunft und Weitblick. Für beide Seiten, übrigens.

Die Zinslasten des Staatshaushalts und damit die Empfänger dieser leistungslosen Einkünfte zum Tabu zu erklären, zeugt nicht gerade von der Freiheit der Wissenschaft im 21. Jahrhundert. Es zeugt eher von hündischer Unterwerfung unter die Regeln eines wildgewordenen Kapitalismus, der - ungerührt von der Situation der Menschen - seinen Tribut fordert.

Es ist ein Ausfluss feigster Selbstbescheidung von Regierung und Parlament, dass man sich - im Interesse eben dieses Kapitalismus - auch unter den Bedingungen der herrschenden Krise jeden Gedanken daran versagt, die Geldversorgung der Volkswirtschaft in die eigene Hand zu nehmen - oder zumindest mit einem rigorosen Währungsschnitt die gefährlich angewachsenen, volkswirtschaftlich vollkommen unsinnigen, ja kontraproduktiven Riesenvermögen wieder in ein vernünftiges Verhältnis zur Wirtschaftsleistung zu zwingen.

### **Der Kapitalismus ist doch nicht Staatsreligion.**

So wie sich die Sonne nicht um die Erde dreht, so ist endloses Wachstum zum Zwecke endloser Kapitalakkumulation kein Segen für die Menschheit. Es ist ein Fluch.

### **Der Kapitalismus ist auch keine Staats- oder Regierungsform.**

Im Gegenteil, Demokratie könnte in einer Republik ohne Kapitalismus sehr viel demokratischer gestaltet werden.

**Der Kapitalismus ist die Durchsetzung des Faustrechts mit monetären Mitteln.  
Der Kapitalismus ist die moderne Erscheinungsform der Sklaverei.**

Und wer dies bestreitet, der ist ein (... siehe ganz oben).

Ich will nur ein einfaches Beispiel anführen:

Wer sich heute in Deutschland ein Haus baut, muss über die Zinsen für die Baufinanzierung in der Regel ein zweites Haus bezahlen. Der eine ein bisschen weniger, der andere ein bisschen mehr, je nach Eigenkapital und Darlehenskonditionen.

Das ist die eine Seite der Medaille. Und die ist noch ein tröstlicher Anblick. Die andere Seite der Medaille sieht so aus:

Um das Geld in die Hand zu bekommen, das benötigt wird, um diese beiden Häuser bezahlen zu können, muss der Häuslebauer in seinem Beruf eine Leistung erbringen, die ausreicht, um mehr als sechs Häuser zu errichten. Das lässt sich ganz einfach vorrechnen:

Bezahlt wird dem Berufstätigen im konkreten Einzelfall ebenso nur rund die Hälfte seiner Leistung, wie in der Gesamtbetrachtung alle Erwerbstätigen nur rund die Hälfte des BIP verdienen, er muss also

- schon **brutto** für vier Häuser arbeiten
- um den Lohn für zwei zu erhalten,
- von denen nur eines ihm gehören wird.

Seit die Eigenheimförderung gestrichen ist, gehen vom Brutto aber mindestens 40% für Steuern und Sozialversicherung ab, so dass der Häuslebauer **netto** für 6,67 Häuser schuffen muss, um eines sein Eigen nennen zu dürfen.

*Dass der Staat finanziert werden muss, dass die Sozialversicherungen finanziert werden müssen, will ich nicht in Abrede stellen. Die große Frage ist jedoch, wer sich an der Finanzierung beteiligen muss, und wer nicht.*

Dass aber - ganz unabhängig von Staat und Sozialversicherung, unabhängig von der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die jedem Bürger dieses Staates zufällt - der Bau eines Hauses bei anderen Gewinne hervorruft, die ausreichen, den Bau weiterer drei Häuser zu ermöglichen, das ist eine Schande.

Nicht anders aber ist es bei Brot und Brötchen, bei Wurst und Käse, bei Hose und Jacke, bei Schuh und Bürste, bei Fahrrad und Auto, bei Benzin und Strom. Sobald für den Konsum das Gehaltskonto überzogen wird, sobald für das Auto oder die Schrankwand ein Kredit aufgenommen oder ein Leasingvertrag unterschrieben wird, gilt:

- Wer ein Brötchen kauft, schenkt einem anderen drei Brötchen.
- Wer eine Hose kauft, schenkt einem anderen drei Hosen.
- Wer ein Auto kauft, schenkt einem anderen drei Autos.

Und auch wer sich für Konsum und größere Anschaffungen nicht verschulden muss, der muss immer noch das Doppelte des dafür aufgewendeten Brutto-Lohnes aufwenden.

Es sei an dieser Stellen noch einmal darauf hingewiesen, dass es in der gesamten Produktion von Gütern und Leistungen keine anderen Kosten gibt, als Lohnkosten.

Der Rest sind Gewinne, Ansprüche aus sonderbaren Rechten, Zinsen, Pachten, Mieten, also leistungslose Einkommen. Oder haben Sie schon einmal gehört, dass das, was unsere Erde an Boden und Bodenschätzen trägt, irgendwann einmal vom lieben Gott an Adam verkauft worden wäre?

Das ist - ohne wenn und aber - alles umsonst vorhanden. Nur abstrakte Eigentumsrechte verwehren den kostenlosen Zugang und ermöglichen damit gigantische, vollkommen ungerechtfertigte leistungslose Einkünfte.

Und da kommen jetzt, in der Woche vor der Wahl, die sogenannten Experten auf einer Schleimspur daher und bereiten das Volk vorsorglich darauf vor, dass ihm nach der Wahl noch weniger von dem bleiben soll, was es erarbeitet, dass man die Sozialsysteme endgültig schleifen will, um alles, was der Staatshaushalt hergibt, dem Kapital in den Rachen werfen zu können.

Aber das Kapital hat, wie der Name schon sagt, genug Geld, um sich alles zu kaufen, was ihm gefällt, und alles, was ihm nützt.

Ein schönes Gutachten über die Zukunft der Renten? Der Professor, der sich sein Zubrot damit verdient, wird sich finden. Es gibt genug davon.

Eine schöne Story über die Lasten des Haushalts und die Notwendigkeit, den Gürtel enger zu schnallen? Der Publizist, der sich dafür hergibt, wird sich finden. Es gibt genug davon.

Wen wundert es, wenn dann am Wahltag das Kapital mit der Stimmenmehrheit nach Hause geht und weitere vier Jahr lang zu seinen Gunsten regieren lassen kann?

Mich nicht.

Aber ich höre trotzdem nicht auf, um jede einzelne Stimme zu kämpfen.

Jede Stimme für die FDP ist eine Stimme für den Kapitalismus.  
Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für den Kapitalismus.  
Jede Stimme für die CSU ist eine Stimme für den Kapitalismus.

Jede Stimme für die Steinmeier-Steinbrück-Müntefering-SPD ist eine Stimme für den Kapitalismus.

Wer Grüne wählt, wählt bei dieser Wahl eher den Kapitalismus schwarz-grün oder den Jamaika-Kapitalismus als sich dagegen auszusprechen.

Es gibt nur eine Partei, die wenigstens vom Ansatz her gegen den Kapitalismus antreten wird. Es ist eine Partei, die sich scheut, lautstark Zinskritik zu üben, damit man sie nicht mit der Nazi-Rassismus-Keule totschiagen kann, es ist ein Partei, die sich sogar in der Kritik am Kapitalismus zurückhält, um nicht noch härter mit der Kommunismuskeule geprügelt zu werden.

Es ist eine Partei, für die sich kein gedungener Experte auf die Schleimspur begibt.

Aber man sollte sie wählen.

Jede Stimme für die LINKE ist nicht nur eine Stimme mehr für die LINKE, sie ist vor allem auch eine Stimme weniger für den Kapitalismus. Eine Stimme weniger für die vier Asse im Spiel des Neoliberalismus.

Eine Stimme weniger für Guido, Angela, Horst und Frank.

Das ist es doch wert.

---

Helfen Sie bitte am 27. September mit, der Hoffnung eine Chance zu geben.

**Wählen Sie links. Ganz links! Die LINKE.**